

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER

FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

April 2022

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

drei Monate in diesem Jahr liegen hinter uns, die es in sich hatten. Das Schlimmste in diesem Jahr ist zweifelsohne der Krieg in der Ukraine. Unvorstellbar für uns alle. Mit den Auswirkungen dieses Krieges und mit der Unterstützung der geflüchteten Menschen befassen wir uns auch in der Regionsversammlung.

Wir verurteilen den Krieg, und wollen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, mit den Hilfsorganisationen und vielen Ehrenamtlichen den Opfern des Angriffs helfen.

Und immer noch Corona. Zwei Jahre Pandemie, die die Menschen in der Region, aber auch die politischen Gremien und die Verwaltung vor große Herausforderungen gestellt haben.

Vor diesem Hintergrund haben wir im ersten Quartal dieses Jahres unseren ersten Haushalt in dieser Wahlperiode beschlossen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir notwendige und gute Schwerpunkte in den Bereichen Soziales und Klima gesetzt.

Ich wünsche nun eine anregende Lektüre, hoffe für alle auf ein friedliches Osterfest und - Bleibt gesund!



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende



SPD und Grüne verankern Sozial- und Klimapolitik im Regionshaushalt 2022

Die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für den Regionshaushalt 2022 ein Maßnahmenpaket von Verbesserungen und Anpassungen vorgesehen, um eine gerechte Sozial- und Klimapolitik in der Region Hannover fest zu verankern. Unter dem Koalitionsmotto: „Für einen sozialen und ökologischen Aufbruch“ haben die Fraktionspitzen der Koalition in einer Pressekonferenz am 22. März 2022 die Schwerpunkte vorgestellt.



Pressekonferenz zum Haushalt 2022, v.l.: Sinja Münzberg und Evrim Camuz (Vorsitzende der Regionsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), Silke Gardlo (Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover) und Regina Hogrefe (stellv. Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover).

Vorab:

Nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich mit dem Krieg in der Ukraine eine ganz neue Situation ergeben. Wir versuchen in Zusammenarbeit mit den Städten, den Gemeinden, den

Hilfsorganisationen und den Ehrenamtlichen die Geflüchteten zu unterstützen und haben auch einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht. Diese notwendige Hilfe wird Einfluss auf die Region Hannover haben und auch Regionsmittel binden. Die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben dafür ihre Unterstützung zugesagt.

Schwerpunkt Sozialpolitik für die Region Hannover

Besonders Familien, Kinder und Jugendliche leiden stark unter den Folgen der Pandemie. Mit einer gezielten Sozialpolitik will die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die sozialen und psychischen Folgen auffangen und ihnen entgegenwirken. Dabei stehen insbesondere Familien, Kinder und Jugendliche im Fokus.

Um die psychischen Probleme bei Kindern und ihren Familien aufzufangen, die sich als Folge der notwendigen Pandemiemaßnahmen zeigen, wollen wir rechtzeitig eingreifen und stellen zusätzlich 50.000 Euro zur Verfügung, um passende Beratungsangebote zu organisieren.

Damit die Sprachförderung für Kinder weiter ausgebaut werden kann und um Lerndefiziten, die in Folge der Pandemie auftreten, entgegenzuwirken, werden Programme wie Wortschatz/Wortstark von uns mit 70.000 Euro gefördert.

Spätestens seit dem ersten Lockdown im März 2020 ist eine Zunahme der Adipositasquote unter Kindern zu verzeichnen. Deswegen geben wir das Modelprojekt:

Fortsetzung auf Seite 2

SPD und Grüne verankern Sozial- und Klimapolitik im Regionshaushalt 2022

„Ernährungsberatung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen durch Ökotropholog*innen“ in Auftrag.

Für die weiteren Planungen soll eine Bestandsaufnahme und Analyse von Familienzentren, Elterntreffs, Spielgruppen und anderen Angeboten der frühen Hilfe erstellt werden.

Im Hinblick auf steigende Infektionszahlen und dem kommenden Herbst, wollen wir gut vorbereitet sein und werden Förderschulen mit Luftreinigern ausstatten. Dafür werden 500.000 Euro bereitgestellt.

Betroffene, die Schwierigkeiten haben, sich im Hilfesystem zurecht zu finden, sollen unterstützt werden. Gerade in Notlagen ist schnelle, unbürokratische und passgenaue Unterstützung erforderlich. Dafür richten wir Fachstellen für Hilfen bei sozialen Notlagen ein und stellen dafür 150.000 Euro in den Haushalt ein.

Wir wollen benachteiligten Kindern und Familien über das Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) mehr Partizipation ermöglichen. Darum wird die Verwaltung von uns beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter der Region Hannover zu evaluieren, inwieweit bürokratische Hürden bei der Beantragung und Inanspruchnahme von BUT-Mitteln bestehen.

Insbesondere Familien mit Kindern, aber auch immer mehr Frauen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, brauchen gezielte Hilfen. Dafür sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie eine Wohnungsnotfallstatistik und eine Hilfesystemforschung aufgebaut werden können, um Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit zu überprüfen. Zusätzlich wird ein „Runder Tisch gegen Obdachlosigkeit“ eingerichtet, um Kommunen, Städte, Regionspolitik und organisierte Vertreter*innen zusammenzubringen und über dieses Format in regelmäßigen Abständen gemeinsam über die aktuelle Situation für Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen in der Region zu sprechen und Lösungswege zu diskutieren.

Schwerpunkt Klimapolitik für die Region Hannover

Die Regionsversammlung hat im Juli 2021 beschlossen, den „Masterplan 100% Klimaschutz“ bis spätestens 2035 mit dem Ziel der Klimaneutralität fortzuschreiben. Die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich vorgenommen, dieses Ziel konsequent anzupacken.

Eine Schlüsselrolle beim Thema Energiewende spielt für uns die Klimaschutzagentur Region Hannover GmbH. Damit sie dieser Rolle und den entsprechend steigenden Anforderungen, was Beratungsbedarf, Kommunikation und

Strategie betrifft, gerecht werden kann, haben wir zusätzliche Mittel von insgesamt 1.875.000 Euro bereitgestellt. Damit werden Beratungen in den Kommunen, Betrieben und Privathaushalten sowie Kampagnen ausgebaut, damit die Menschen informiert und dabei unterstützt werden, Treibhausgasemissionen zu verringern.

Für unsere Sportvereine werden die e.coSport-Fördermittel um 300.000 Euro erhöht, damit die Umrüstungen von Heizungsanlagen und Flutlichtanlagen auf energiesparende Systeme voran gehen kann.

Um das Wohnen nachhaltiger zu gestalten, wird die Förderrichtlinie zur kommunalen Wärmeplanung auf 200.000 Euro verdoppelt. Dadurch werden die regionseigenen Kommunen bei ihrem Beitrag zur Wärmewende von uns unterstützt und gefördert.

Umwelt- und Artenschutz sind die notwendige Bedingung einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik. Denn nur wenn die Flora und Fauna in der Region Hannover wirksam geschützt sind und Naturräume wiederhergestellt werden, sind die hochgesteckten Klimaziele für uns auch zu erreichen. Deshalb haben wir im Bereich der Natur und Landschaftspflege zusätzliche 2 Mio. Euro für den Grunderwerb von Moor-, Wald- und Grünflächen eingestellt.

Der Beitritt zum Insektenbündnis, die weitere Unterstützung von Umweltbildungsprojekten mit insgesamt 95.000 Euro und die Pflanzung von Bäumen sind wichtige Bausteine für den Klima- und Umweltschutz.

Für die Förderrichtlinie zum Erhalt der biologischen Vielfalt; Dach- und Wandflächenprogramm stellen wir erneut 200.000 Euro für 2022 bereit. Die Begrünung von Dächern und Fassaden erhöht die biologische Vielfalt im bebauten Bereich und verbessert das Kleinklima gerade in enger bebauten, städtischen Gebieten.

Eine erfolgreiche Wirtschaft und wirksamer Klimaschutz stehen nicht im Gegensatz zueinander - sie bedingen einander. Genau aus diesem Grund investieren wir mit unseren Anträgen in die Entstehung einer Green Economy in der Region Hannover, erhöhen die Zuwendungen des Programms e.coBizz und beauftragen die Verwaltung mit der Erstellung eines regionalwirtschaftlichen Entwicklungsplans, in dem wichtige Handlungsschwerpunkte der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (wie z.B. die Wasserstoffregion) mit ihrem Beitrag zur Erreichung der Klimaziele – Klimaneutralität bis 2035 – sichtbar gemacht werden.

Wichtige Akzente in weiteren Bereichen sind: Für die Regionfeuerwehr werden 350.000 Euro für dringend benötigte Einsatzfahrzeuge bereitgestellt, auch soll die Region eine starke Wanderinfrastruktur bekommen und der Verkehrsbereich wird mit zusätzlichen Stellen eine barrierefreie und moderne Mobilität für die Region gestalten.

Rede von Angelo Alter zum Antrag: „Solidarität mit den Menschen in der Ukraine“

In der Regionsversammlung am 30. März 2022 hat der Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe, Angelo Alter, einen Redebeitrag zum Thema „Solidarität mit den Menschen in der Ukraine gehabt - Hier seine vollständige Rede:

- es gilt das
gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 24. Februar ist großes Unheil über Europa gebracht worden. Seit diesem Tag führt Russland einen erbarmungslosen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die regel-

beraubt, werden aus ihrer Heimat vertrieben oder müssen diese verlassen, um ihr Überleben zu sichern. Zu viele haben schon ihr Leben gelassen!

In einem Monat sind bereits rund vier Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, dies ist die größte Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg! In dieser als unwirklich empfundenen und chaotischen Situation ist sowohl Intervention als

“

Auch die Menschen in Deutschland und bei uns in der Region Hannover zeigen eine unglaubliche Hilfsbereitschaft. Innerhalb kürzester Zeit sind Hilfsstrukturen neu entstanden, wiederbelebt, hochgefahren und erweitert worden.

auch humanitäre Hilfe auf allen erdenklichen Ebenen das Gebot der Stunde.

“

In dieser als unwirklich empfundenen und chaotischen Situation ist sowohl Intervention als auch humanitäre Hilfe auf allen erdenklichen Ebenen das Gebot der Stunde.

basierte Weltordnung auf das Größte verletzt und damit eine humanitäre Krise ungeheuren Ausmaßes ausgelöst. Täglich können wir den Medien Bilder des Schreckens und der Zerstörung entnehmen.

In erster Linie bedeutet es aber menschliches Leid: unschuldige Menschen sterben, Familien wurden und werden immer noch auseinandergerissen, Millionen von Menschen werden ihrer Lebensgrundlage

Bei allem Leid, das wir täglich wahrnehmen können, erleben wir gleichzeitig aber auch eine ungeheure Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Dabei kommt unserem Nachbarland Polen eine besondere Rolle zu. Neben privaten Hilfsorganisationen und lokalen Netzwerken sind es vor allem dutzende Polinnen und Polen, die die Hauptlast dieses nie dagewesenen Andrangs von über zwei Millionen Kriegsflüchtenden tragen. Polen ist quasi über Nacht zur größten Hilfsorganisation der Welt gewor-



Angelo Alter | Sprecher für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe

flüchtlinge aus der Ukraine errichtet worden.

In den Messehallen leben mittlerweile fast 2.000 Menschen! Eine beachtliche Zahl, wenn man sich einmal vor Augen führt, dass es in der Region Hannover zahlreiche Ortschaften gibt, in denen weniger Menschen leben.

Im Moment geht es vor allem darum, den ankommenden und zu meist traumatisierten Menschen einen Ort der Ruhe und des Schutzes zu bieten. Es geht um die Wahrung elementarer Grundbedürfnisse menschlicher Existenz und die Garantie von Grund- und Menschenrechten.

den. Dieser beispiellose Akt der Humanität verdient unsere Anerkennung!

Aber auch die Menschen in Deutschland und bei uns in der Region Hannover zeigen eine unglaubliche Hilfsbereitschaft. Innerhalb kürzester Zeit sind Hilfsstrukturen neu entstanden, wiederbelebt, hochgefahren und erweitert worden.

“

Es geht um die Wahrung elementarer Grundbedürfnisse menschlicher Existenz und die Garantie von Grund- und Menschenrechten.

Dabei nimmt die Region Hannover ebenfalls eine besondere Rolle im Bundesgebiet ein. Neben Berlin und Cottbus ist mit dem Messebahnhof in Laatzen und dem hannoverschen Messegelände ein nationales Drehkreuz für Kriegs-

Schlafplätze, medizinische Versorgung, geregelte Mahlzeiten, Duschen, aber auch das Vorhalten von Waschmaschinen und Kinderspielmöglichkeiten zählen zu den Dingen, die die Menschen zurzeit am allermeisten benötigen.

Im Namen der SPD-Regionsfraktion möchte ich an dieser Stelle all denjenigen danken, die dazu beigetragen haben, dass diese Hilfe so schnell möglich wurde:

- Es sind die Verantwortlichen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regionsverwaltung sowie in den Verwaltungen der regionsangehörigen Städ-

tern, während 2,5 Millionen in der Ukraine geblieben sind. Die Unicef-Chefin Catherine Russell merkte hierzu an, dass jede Sekunde ein Kind fliehe. Die Auswirkungen könnten noch über Generationen spürbar bleiben.

Ich möchte den Blick nun auf unsere kommunale Ebene lenken und frage:



Im Namen der SPD-Regionsfraktion möchte ich an dieser Stelle all denjenigen danken, die dazu beigetragen haben, dass diese Hilfe so schnell möglich wurde

te und Gemeinden, die auf Krisenmodus umgeschaltet haben und tagtäglich Unglaubliches leisten.

- Es sind die Verantwortlichen in den Hilfs- und Rettungsorganisationen, ohne deren Knowhow und unermüdlichen Einsatz der Aufbau einer leistungsstarken Hilfsinfrastruktur nicht denkbar wäre.

- Und es sind die unendlich vielen Ehrenamtlichen in der Region Hannover – viele auch unter uns Abgeordneten – die dafür sorgen, dass eine warme und herzliche Willkommenskultur erst möglich werden kann.

Ihnen allen gilt unser größter Respekt und Dank!

Einen besonderen Fokus müssen wir jedoch auf die Kinder legen. Mehr als die Hälfte aller Kinder in der Ukraine sind seit dem Beginn der russischen Invasion vertrieben worden. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef schätzt ca. 4,3 Millionen Vertriebene unter den 7,5 Millionen Kindern des Landes. Davon sind mehr als 1,8 Millionen als junge Geflüchtete in Nachbarlän-

Was ist jetzt zu tun?

1. Wir müssen die Kapazitäten für die Unterbringung der Kriegsflüchtenden massiv ausweiten und sicherstellen, dass jede und jeder ein sicheres Dach über den Kopf hat.

2. Wir müssen die medizinische Grundversorgung weiterhin garantieren. Das ist neben der Bewältigung der Corona-Pandemie eine zusätzliche Belastung, denn die Akquise medizinischen Fachpersonals stellt eine große Herausforderung dar. Vielleicht kann man hier neue Wege gehen und medizinisches Personal, das sich derzeit noch in Ausbildung befindet, zumindest temporär für gewisse Aufgaben gewinnen.

3. Wir müssen uns um die Kinder kümmern und darauf hinwirken, dass diese schnell Zugang zu Bildungseinrichtungen wie KITA und Schule haben. Die Herausforderung liegt hier natürlich bei der Schaffung von entsprechenden Plätzen. Zudem müssen viele Kinder erstmal medizinisch fit gemacht werden, was

man am Beispiel oftmals fehlender Impfungen gegen die Masern erkennen kann.

Auch unsere vielen Sportvereine können in dieser Situation eine wichtige Rolle spielen. Wir alle wissen, welche immense integrative Kraft der Sport entfalten kann und sollten diese daher unbedingt nutzen. Gemeinsam mit Regionssportbund und den Sportbünden vor Ort können wir hier sicherlich einiges im Sinne der Kinder bewirken!

4. Wir müssen die Menschen bei den notwendigen Behördengängen unterstützen und ihnen dabei helfen, eine sinnvolle Tagesstruktur zu finden. Mit der „Servicestraße“, die auf dem Messegelände aufgebaut wurde und die den Menschen verschiedene behördliche Leistungen anbietet, ist ein effektives Instrument geschaffen worden. Dieses Angebot gilt es zu etablieren und je nach Bedarf auszuweiten.



Als politisch Verantwortliche müssen wir alles tun, um den schutzsuchenden Menschen zu helfen und ihr Leid in dieser Ausnahmesituation einigermaßen zu lindern.

Für die Zukunft wäre es wünschenswert, wenn die Geflüchteten, die privat bei Verwandten, Freunden oder Bekannten untergekommen sind, auch Zugang zu dieser „Servicestraße“ erhalten könnten, denn das ist im Moment nicht der Fall.

5. Wir müssen in der Bevölkerung weiter für eine hohe Spendenbereitschaft von Hilfsgütern werben und den Transport dieser Hilfsgüter an die ukrainische Gren-

ze unterstützen. Dabei ist ganz wesentlich, dass der Weg ausschließlich über seriöse Hilfsorganisationen genommen wird. Wir dürfen Kriegsprofiteuren, Menschenhändlern und zwielichtigen Organisationen keinen Vorschub leisten.

Mit der heute im Regionsausschuss zur Annahme empfohlenen Drucksache 0660 wollen wir den regionsangehörigen Städten und Gemeinden einen Betrag von bis zu 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit diese den Kriegsflüchtenden möglichst schnell und unkompliziert helfen können.

Hieran wird wieder einmal deutlich, dass die Region Hannover eine soziale Region ist, die Schwierigkeiten als Herausforderung begreift, diese gemeinsam erfolgreich zu lösen und dass wir eine Region sind, in der der Solidargedanke auch wirklich gelebt wird. Für diese Initiative richte ich meinen Dank daher

ausdrücklich an den Regionspräsidenten sowie die Dezernentinnen und Dezernenten.

Als politisch Verantwortliche müssen wir alles tun, um den schutzsuchenden Menschen zu helfen und ihr Leid in dieser Ausnahmesituation einigermaßen zu lindern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Antrag „Solidarität mit den Menschen in der Ukraine“ im Wortlaut

Der Antrag wurde von den Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen initiiert, um Elemente der Gruppe CDU/FDP ergänzt und dann mit einer breiten Mehrheit in der Regionsversammlung am 30. März 2022 beschlossen:

Die Region Hannover erklärt ihre volle Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Hierzu bekundet die Region Hannover ihre Bereitschaft, die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten tatkräftig zu unterstützen.

Die Regionsversammlung und die Verwaltung sind sich in ihrem Bestreben einig,

1. kurzfristig in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinde alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften, dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten und anderen geeigneten Unterkünften zu aktivieren, um schutzsuchende Menschen, ggf. über das von den Zuweisungen des Landes verpflichtende Maß hinaus, aus der Ukraine unterzubringen, 2. und in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteur*innen

a) alle nötigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, um eine unbürokratische und reibungslose Aufnahme zu gewährleisten,

b) eine medizinische und psychologische Erstversorgung anzubieten,

c) Personal mit entsprechenden Sprachkenntnissen zu akquirieren und erste Bildungsangebote bereitzuhalten,

d) dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen,

3. zu prüfen ob Üstra Reisen, Regiobus, Hilfsorganisationen und Busunternehmen aus der Region Hannover in einer koordinierten Aktion z.B. des Landes Niedersachsen mit Bussen helfen können, um Geflüchtete aus den Grenzregionen zur Ukraine in die Region Hannover zu holen, um die Erstaufnahmeländer zu entlasten.

Wir begrüßen ausdrücklich (und freuen uns über) die große Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hannover zur Bereitstellung von privaten Unterkünften, die Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete in Familien, Sach- und Geldspenden sowie die Beteiligung an Demonstrationen und Mahnwachen. Die ehrenamtliche Hilfsbereitschaft ist groß und erfährt unbürokratische Unterstützung durch unsere 21 Städte und Gemeinden.

Wir sind in dieser Tragödie, die die ganze freie Welt betrifft, in Gedanken an der Seite unserer ukrainischen Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die um ihre Angehörigen im Kriegsgebiet bangen oder gar schon Familienmitglieder verloren haben. Die Region ist ein Ort der Vielfalt und Toleranz. Anhängern oder gar Leugnern dieses Krieges treten wir entschieden entgegen.

Begründung:

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Streitkräfte auf die Ukraine, wird die Zivilbevölkerung eines ganzen Landes mitten in Europa bedroht. Es herrscht Krieg in Europa. Viele Menschen sterben in diesem Moment und etliche Menschen fliehen aus diesem unrechtmäßigen Krieg, der ihre Existenz bedroht.

Die Region Hannover erklärt ihre ganze Solidarität mit der Ukraine und steht den Opfern des völkerrechtswidrigen Angriffs bei. Wir sind zutiefst betroffen und bestürzt und verurteilen die Invasion aufs Schärfste. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf uns alle und auf den Frieden in Europa.

Für diesen Krieg ist ganz allein die russische Regierung um den Staatspräsidenten Wladimir Putin verantwortlich. Dieser Krieg ist Putins Krieg. Deswegen gilt unsere Solidarität auch der russischen Zivilgesellschaft, die gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine in russischen Städten demonstriert. Diese Menschen haben unsere So-

lidarität und Respekt für ihren Mut verdient, denn ihnen drohen Gewalt, und schwere unrechtmäßige Strafen. Die Demonstrationen in Russland machen Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft.

Die Wahrung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Lebens der ukrainischen Bürger und Bürgerinnen in Selbstbestimmung, Würde und Freiheit sind für die Stabilität der internationalen Ordnung unerlässlich. Die demokratischen Staaten in Europa und in der Welt sind jetzt dazu aufgefordert, Solidarität und Geschlossenheit zu zeigen. Der Solidarität muss auch in der Region Hannover weiterhin Sichtbarkeit verschafft werden, wir müssen alles Mögliche tun um Geflüchteten die notwendige Hilfe zuteilwerden zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass das Leid der ukrainischen Bevölkerung nicht in Vergessenheit gerät.

Wir unterstützen die Hilfen und Vorbereitungen, die die Verwaltung der Region Hannover, die Kommunen und die Zivilgesellschaft schon jetzt für die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine leistet. So findet z.B. die Möglichkeit der kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Bereich des GVH unsere volle Zustimmung.

Inklusion ist bei uns in guten Händen

Regionsversammlung beschließt Antrag zur „Errichtung von Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule“ im Umland und Resolution „Erhalt der Professur für Inklusive Schulentwicklung an der Leibniz Universität Hannover“



Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

In der Sitzung der Regionsversammlung am 30. März 2022 wurde der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur „Errichtung von Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule“ im Umland der Region Hannover beschlossen.

Dazu erklärt der Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

Bereits in der Sitzung am 22. Februar 2022 hat die Regionsversammlung Hannover auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Resolution zum „Erhalt der Professur für Inklusive Schulentwicklung an der Leibniz Universität Hannover“ verabschiedet.

Dazu erklärt der Sprecher für Schulen, Kultur und Sport der SPD-Regionsfraktion Thilo Scholz: „Ich freue mich über das klare Signal der Unterstützung für die Professur für Inklusive Schulentwicklung, welches heute die Regionsversammlung gesendet hat. Das Präsidium der Leibniz Universität Hannover sollte sehr nachdenklich werden, wenn sich nach diversen Organisationen und Fachleuten auch die Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover für den Erhalt die-

der SPD-Regionsfraktion Hannover, Thilo Scholz: „Ich freue mich, dass sich unsere Ausdauer und Geduld gelohnt haben und wir nun die Möglichkeit erhalten die Inklusion in der Region Hannover weiter vorantreiben zu können.“

Der nun beschlossene Antrag zur Errichtung von Außenstellen für das Umland der Region in Ergänzung zum RZI der Stadt Hannover ist das Ergebnis monatelanger Diskussionen und Austausch, dem Ringen um Begrifflichkeiten und Inhalte. Gemeinsam haben die Koalitionspartner von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verschiedene Beteiligungsgruppen, wie die Lehrkräfte von Förderschulen und Berufsschulen, aber auch die Eltern zu digitalen Gesprächsrunden eingeladen und mit ihnen über die Bedarfe, Wünsche und Anforderungen an die RZI-

ser so wichtigen Professur ausgesprochen haben.“

Eine Resolution wurde notwendig, da Ende 2020 dem Institut für Sonderpädagogik an der Leibniz Universität Hannover (LUH) mitgeteilt wurde, dass die Professur nach dem Eintritt in den Ruhestand des Professurinhabers gestrichen werden solle. Diese Entscheidung des Präsidiums und des Senats der LUH ist um so bemerkenswerter, als dass sich die Uni in ihrer Entwicklungsplanung für die kommenden Jahre eine Stärkung des Bereichs Inklusive Bildung und Schulentwicklung als „zunehmend eigenständiges Forschungsprofil“ im Zuge des „Ausbaus der Sonderpädagogik“ vorgenommen hat.

Die Proteste ließen nicht lange auf sich warten: In einer

Außenstellen gesprochen. Schnell wurde deutlich, dass im ländlichen Raum viele fest etablierte Strukturen existieren, die auch erhalten bleiben sollen. Alle an diesen Gesprächen Beteiligten waren sich darüber einig, dass die Errichtung von RZIs wichtig ist, aber nur gelingen kann, wenn man auf die örtlichen Gegebenheiten eingeht und vorhandene Strukturen und Netzwerke integriert, den Entstehungsprozess durch eine Planungsgruppe aus Vertreter:innen der verschiedenen Interessensgruppen unterstützt und begleitet. Klar ist auch, die Errichtung eines RZI ist Vorgabe des Landes Niedersachsen und die Region Hannover ging bisher aufgrund ihrer umfassenden Förderschullandschaft einen Sonderweg. Dennoch, da es nur eine Frage der Zeit war, bis das bestehende RZI ausgebaut werden muss, wurde hier seitens der SPD und der

Allianz für Inklusive Bildung fanden sich vergangenen Mai die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (GEW), der Verband Sonderpädagogik (VdS), der Grundschulverband Niedersachsen, der Schulleitungsverband Niedersachsen, der Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen (VBE) und der Landeselternrat Niedersachsen zusammen, um gegen die Streichung dieses bundesweit renommierten Lehrstuhls vorzugehen. Denn, so ergänzt Thilo Scholz: „Erfolgreiche schulische Inklusion braucht neben gut ausgebildeten Lehrkräften auch eine Beratung der Schulen. Dies leistet die Professur für Inklusive Schulentwicklung auf vorbildliche Art und Weise.

Grünen die Chance ergriffen, den Umsetzungsprozess in Gang zu setzen.

Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schulen tragen diesen Titel, weil sie die Inklusion vor Ort stärken, indem Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf gemeinsam lernen und die RZI dafür Sorge tragen, dass dies gelingt. Aber auch die Koordination des Einsatzes der Lehrkräfte und der Hilfsorganisationen und Fahrdienste, des medizinischen und pflegerischen Personals gehören zum Aufgabenbereich eines RZI. Daher ist es gut, dass der gemeinsame Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nun beschlossen wurde und die Verwaltung der Region Hannover damit die Möglichkeit erhält, RZI Außenstellen im Umland der Region auf den Weg zu bringen.

Deshalb wäre eine Streichung nicht nur für Stadt und Region Hannover ein großer Verlust, sondern auch landes- und bundesweit ein Schlag gegen die Inklusion. Schulen benötigen dringend diese wissenschaftliche Begleitung, die zugleich viel Praxiserfahrung mitbringt. Dieses über viele Jahre erworbene Wissen und das aufwändig geknüpfte Netzwerk droht verloren zu gehen durch diese nicht nachvollziehbare Entscheidung der Leitung der LUH. Ich fordere deshalb alle Beteiligten auf, sich an einen Tisch zu setzen und nach einer Lösung zu suchen.“

Wir lassen Niemanden zurück – Medizinische Versorgung steht Menschen in prekären Lebenslagen zukünftig über den Gesundheitsfonds der Region Hannover zur Verfügung!

Die Regionsversammlung hat ohne Gegenstimmen der Vorlage zur Einrichtung eines Gesundheitsfonds für Menschen ohne gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung zugestimmt.

„Ich bin sehr erfreut über diesen Beschluss!“, sagt Angelo Alter, sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover und weiter: „Es geht dabei um Menschen, die aufgrund von besonderen sozialen Schwierigkeiten aus dem System der gesetzlichen Krankenversicherung herausgefallen sind. Die Menschen sollen weiterhin Zugang zu medizinisch notwendigen Maßnahmen erhalten und Teil der Gemeinschaft bleiben. Uns ist die Einlösung des Menschenrechts wichtig, allen Menschen unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Status im Krankheitsfall einen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewähren – Dies ist in der Theorie einfach gesagt, aber mit der Entscheidung heute lässt sich dieser Anspruch auch praktisch umsetzen. Medizinische Versorgung

steht Menschen in prekären Lebenslagen, wie z.B. Wohnungslosen, zukünftig über den Gesundheitsfonds der Region Hannover zur Verfügung. Dies ist eine soziale Region - Wir lassen Niemanden zurück!“

Zweiter Baustein im Gesamtkonzept komplettiert die medizinische Versorgung für Bedürftige

Mit der Clearingstelle Gesundheitsversorgung hat die Region im letzten Jahr eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, um den versicherungsrechtlichen Status der Betroffenen zu klären und Möglichkeiten zur (Re-)Integration in die Regelversorgung des Gesundheitssystems zu schaffen. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds folgt nun der zweite, logische Baustein. Dabei richtet sich das Angebot auch explizit an Menschen ohne einen gültigen Aufenthaltsstatus in Deutschland. Für die Gewährung von Mitteln aus dem Fonds müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein: 1. Mittellosigkeit der Person, 2. ein in der Region seit min. drei Mo-

naten bestehender Lebensmittelpunkt, 3. die ärztlich festgestellte medizinische Notwendigkeit der Maßnahme, 4. eine abschlägige Prüfung der Clearingstelle, ob anderweitige Ansprüche bei Leistungsträgern bestehen, 5. die voraussichtlichen Behandlungskosten dürfen einen Betrag von 5.000 € nicht überschreiten, es sei denn, ein vorheriges positives Votum durch den Fachbeirat zum Gesundheitsfonds liegt hierzu vor. Wenn diese Kriterien erfüllt sind, erhält die Person einen (auf Wunsch anonymen) Behandlungsschein durch die Clearingstelle Gesundheitsversorgung. Dieser Behandlungsschein sichert und ermöglicht die Kostenübernahme für eine ambulante und stationäre medizinische Versorgung im jeweiligen Quartal.

Schwangere werden im neuen Gesundheitsfonds der Region Hannover besonders berücksichtigt!

Ganz besonders begrüßen wir, dass die Verwaltung bei Schwangeren eine besondere Sensibilität zeigt und detailliert aufführt, welche



Angelo Alter | Sprecher für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe

Angebote für Schwangere es schon alles gibt“, zeigt sich der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion, Angelo Alter erfreut und weiter: „Dies ist auch gerechtfertigt, denn es geht hier immer um den Schutz von mindestens zwei Leben. Insofern begrüßen wir, dass notwendige medizinische Maßnahmen der Beratung, Betreuung und Versorgung der Schwangeren in der Schwangerschaft und in der nachgeburtlichen Phase als gültige Leistungen explizit auch über den Gesundheitsfonds der Region Hannover finanziert werden können. Die Kosten einer regulären, stationären Entbindung sollen nach wie vor von den Kliniken getragen werden.“

Das Modellprojekt zum Aufbau einer Tracking-Zentrale für das Neugeborenen-Hörscreening kann beginnen!

Auch die Vorlage zum Aufbau einer Tracking-Zentrale für das Neugeborenen-Hörscreening erfuhr in der Regionsversammlung große Zustimmung.

Es wird in Kooperation zwischen der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und der Region Hannover durchgeführt. „Mit diesem innovativen Projekt, das bundesweit einmalig ist, greifen die Region Hannover und die MHH ein wichtiges Thema auf“, sagt der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher, Angelo Alter und weiter: „Als SPD-Regionsfrak-

tion unterstützen wir dieses Projekt ausdrücklich, weil es einen guten Beitrag leistet, um Hörschäden frühzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Hörgeschädigte Kinder werden von elementaren Teilhabe- und Entwicklungsprozessen ausgeschlossen, dies gilt es durch eine frühzeitige Diagnose und Behandlung so gut wie möglich zu verhindern.“

Hörstörungen gehören zu den häufigsten angeborenen Kleinkinderkrankheiten. Werden die Hörstörungen frühzeitig diagnostiziert und therapiert, ist für die Kinder eine normale Hörsprach-

Entwicklung möglich. Seit 2009 werden deshalb alle Kinder im Rahmen des Neugeborenen-Hörscreenings (NHS) noch in den Kliniken untersucht. Im zweiten Schritt ist ein so genanntes Tracking notwendig, um eine festgestellte Hörstörung einer Bestätigungsdiagnostik und folgenden Therapie zuzuführen. Momentan ist das Tracking aber nicht im Leistungskatalog der Krankenkassen enthalten. Genau hier setzt das Modellprojekt mit folgenden Aufgaben und Zielen an: 1. eine bislang bestehende Versorgungslücke in der Region Hannover zu schließen und möglichst

jedes hörgeschädigte Kind so früh wie möglich in die Behandlung zu überführen; 2. die Rolle und Bedeutung einer Tracking-Zentrale für die Gesundheitsvorsorge wissenschaftlich zu untersuchen; 3. die Tracking-Zentrale durch Kostenübernahme durch die gesetzlichen und privaten Krankenkassen zu verstetigen. Die Tracking-Zentrale sichtet die Befunde aus dem Neugeborenen-Hörscreening und kontaktiert Eltern von Kindern mit auffälligem Hörtestergebnis. Nur bei entsprechender Einwilligung nehmen Eltern am Modellprojekt teil.

Neues aus der Fraktionsgeschäftsstelle

Rund um den Jahreswechsel haben sich eine Reihe personeller Veränderungen in der Fraktionsgeschäftsstelle ergeben.

Bereits Mitte November des letzten Jahres hat uns unser Referent **Lukas Drögemeyer-Kersten** leider verlassen. Wir sagen Danke für die tolle Zusammenarbeit und wünschen ihm zu seinem Wechsel in die Regionsverwaltung alles Gute.

Mit einem lachenden - weil wir ihr die nun neugewonnene Freiheit natürlich von Herzen gönnen - und einem weinenden Auge - weil sich nach so langer Zeit ganz besondere Arbeitsbeziehungen ergeben - haben wir zum Ende des Jahres unsere langjährige Assistentin **Birgit Decher** in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Auch ihr sagen wir herzlichen Dank für die wunderbare Zeit, die wir zusammenarbeiten durften.



Nur mit lachenden Augen konnten wir dann zum 1. März diesen Jahres mit **Karin Neumann** unsere neue Fraktionsassistentin begrüßen.

Seit einem Monat ist sie nun erste Ansprechpartnerin der Fraktionsgeschäftsstelle und wir sagen HERZLICH WILLKOMMEN und freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Alles nur Müll?! - Besuch beim aha-Abfallbehandlungszentrum in Hannover/Lahe



Die AGen Abfallwirtschaft der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam am 28. März 2022 das aha-Abfallbehandlungszentrum in Hannover/Lahe besucht.

Nach einer Begrüßungsrunde und einem kurzen Vortrag durch den Geschäftsführer von aha, Herrn Schwarz, wurden die Beteiligten in zwei Gruppen aufgeteilt und konnten sich verschiedene Bereiche des Deponiegeländes ansehen.

Riesige Hallen für die mechanische und die biologische Abfallbehandlung, das weitläufige Gelände, große Siebröhren und kilometerlange Förderbänder – ein Abfallbehandlungszentrum ist technisch ausgefeilt und gleichzeitig Arbeitsplatz für viele Menschen.

Die wichtigste Aufgabe ist die Behandlung des Mülls an sich: früher wurde einfach alles in eine Grube gekippt (auf die „Kippe“ gebracht) und weder sortiert noch weiterverwertet.

Später wurde der Müll dann zwar schon sortiert, aber noch nicht sehr umfassend „behandelt“, tendenziell eher verbrannt. Aber die thermische Verwertung von Müll ist keine optimale Lösung im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes, da insbesondere bei alten Anlagen Wertstoffe nur unzureichend erneut dem Kreislauf zugeführt werden und Verbrennung zuviel Emissionen erzeugt.

In Lahe kommen ca. 800t Restmüll am Tag an – das heißt, dass die Förderbänder und Sortieranlagen den ganzen Tag und auch nachts laufen müssen. Reibungslose Abläufe sind notwendig. Problematisch können kleinere Hitzentwicklungen/Brände durch falsch entsorgten Restmüll sein (insbesondere Lithium-Akkus oder größere Metallteile, welche die Maschinen blockieren und den Betrieb unterbrechen). Doch auch dafür gibt es schnelle Hilfe, wie z.B. durch eigene Löschsyste.

Das ist aber bei weitem nicht der ganze Müll, den die Bürger:innen der Region Han-

nover produzieren: jeden Tag werden auch Sperrabfälle, tonnenweise Papier-, Plastik- und Biomüll, sowie Gefahrstoffe entsorgt.

Ein Highlight des Besuchs war auf jeden Fall die Möglichkeit selbst einmal ein Müllauto zu bedienen: eine Restmülltonne an das Müllauto andocken, dann per Knopfdruck zu entladen und auch auf dem Tritt an der Rückseite der Müllautos mitzufahren.

Großes Herzklopfen und einen Adrenalinschub durften alle diejenigen erleben, die sich trautes einen 26t LKW selbstständig über das sehr bergige aha-Gelände zu fahren. Zwar saß ein Fahrlehrer mit in der Fahrerkabine, aber das Fahrverhalten ist im LKW komplett anders, als im kleinen PKW.

Das Gelände, welches durchfahren wurde, besteht aus mehreren älteren Müllbergen/Deponien, welche teilweise schon fertig abgedeckt wurden. Erst dann ist es auch langfristig möglich, dass sich die Natur wieder ansiedelt und sich eine vielfältige Flora

und Fauna entwickelt. Aber: es handelt sich dabei nicht um „Berge“, die sich selbst überlassen bleiben können – es ist immer noch Müll und eben kein „natürlicher“ Berg.

Deshalb müssen auch in den nächsten Jahrzehnten konsequent Kontrollen erfolgen, ob die Abdeckungen halten, ob Methan austritt, ob es Senkungen gibt oder sich Pflanzen ansiedeln, die die Deckschichten zerstören könnten, weil sie zu tief wurzeln.

Fazit des Besuchs: Ein Abfallbehandlungszentrum ist beeindruckend und spannend, aber auch kritisch zu betrachten, weil so riesige Gelände überhaupt notwendig sind.

Müll ist nicht einfach Müll – sondern Wertstoff, Energie. Und wenn wir aktiv im Umwelt- und Klimaschutz sein wollen, dann müssen wir dem Thema Abfallbehandlung auch weiterhin viel Aufmerksamkeit schenken und die Bürger:innen dabei einbeziehen.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
E-Mail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
S. 6 Karin Neumann | Karin Neumann
Alle Porträtaufnahmen: © Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

